

Kommunal- politische Forderungen 2025



Kommunalpolitische Forderungen

Das Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist 2010 gegründet worden, um den Abbau von sozialen Leistungen und kulturellen Angeboten zu verhindern. Die jahrelange Unterfinanzierung hat die Städte unter großen finanziellen Druck gesetzt und die Leistungen für die Bürger*innen wurden eingeschränkt.

Ziel der gemeinsamen Aktivitäten des Bündnisses ist die Stärkung der Daseinsfürsorge und die Umsetzung einer sozialen und gerechten Politik. Wir fordern eine **Entschuldung der Kommunen**, damit unsere Städte handlungsfähig bleiben und in den Ausbau von sozialen Leistungen, in die Infrastruktur und in den Klimaschutz investieren können.



Gute Arbeit

Die öffentliche Hand und ihre Betriebe müssen sich zu guter Arbeit und Ausbildung verpflichten und eine Vorbildfunktion übernehmen. Ausschreibungen sind so zu gestalten, dass neben der Wirtschaftlichkeit auch soziale Kriterien wie Tariftreue, fairer Handel und Mitbestimmung gewährleistet sind. Die Ausbildungsbereitschaft müsste sich positiv für die Unternehmen auswirken.



Kommunalpolitische Forderungen

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Der Bochumer Wohnungsmarkt ist laut dem neuen städtischen Wohnungsmarktbericht weiter angespannt. Besonders betroffen sind ärmere Haushalte, ältere Menschen und kinderreiche Familien, die kaum noch bezahlbare Wohnungen finden. Gleichzeitig ist eine zunehmende Anzahl der Wohnungen wegen Instandhaltungsschadens unbewohnbar. Die Stadt muss sich um den Erhalt von Wohnraum bemühen, Maßnahmen gegen überhöhte Mieten ergreifen und mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Wir fordern eine wirksame Wohnraumschutzsatzung gegen Leerstand, Abriss und Zweckentfremdung.

Bürgerbeteiligung Partizipation

Wir wollen eine politische Kultur in dieser Stadt, die eine Mitwirkung bei allen wichtigen Vorhaben frühzeitig, transparent, kontinuierlich und ergebnisoffen ermöglicht.

Mobilität für alle – Busse und Bahnen sozialgerecht, klimafreundlich und bezahlbar

Die umweltschonende Möglichkeit Busse und Bahnen zu nutzen ist eine wichtige Voraussetzung soziale Kontakte zu ermöglichen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das muss auch für Menschen mit geringem Einkommen, für Menschen ohne Arbeit, für Migrant*innen, für Geflüchtete, für Kinder und Jugendliche und für Rentner*innen gelten. Der ÖPNV gehört zur Daseinsvorsorge und sollte kostenlos sein. Als einen ersten Schritt fordern wir die Einführung eines Sozial-Deutschlandtickets zum Preis von 25 Euro. Die Kosten für die verbilligten Tickets dürfen nicht zu Lasten der Beschäftigten der Verkehrsbetriebe gehen. Angesichts der Klimakrise ist der Ausbau des ÖPNV besonders notwendig.



Für eine gute Zukunft benachteiligter Kinder und Jugendlicher



Knapp ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Bochum leben in Familien, die auf Bürgergeld oder Sozialhilfe angewiesen sind. Sie sind häufiger von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen, haben schlechtere Bildungschancen und sie sind oftmals von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Die ehemaligen Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP hatten in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, die Lebensverhältnisse von bedürftigen Kindern und Jugendlichen mit der bundesweiten Einführung einer Kindergrundsicherung entscheidend zu verbessern. Das Vorhaben ist jedoch gescheitert. Umso wichtiger ist es, die Unterstützungsangebote für bedürftige Familien auf kommunaler Ebene auszubauen, damit das Aufwachsen ihrer Kinder gut gelingen kann.

Geflüchteten eine Perspektive geben

Bochum hat genügend Platz, um freiwillig mehr als die zugewiesenen geflüchteten Menschen aufzunehmen. Die Geflüchteten sollen dezentral in eigenen Wohnungen untergebracht werden. Den Erwachsenen muss eine Teilnahme an Integrationskursen ermöglicht und für die Kinder und Jugendlichen müssen genügend Plätze in Kitas und Schulen bereitgestellt werden. Wir fordern großzügige Regelungen beim Familiennachzug, damit Kinder zusammen mit ihren Geschwistern und Eltern aufwachsen können.



Erhalt und Ausbau der freien Kulturszene

Die Vielfalt der freien kulturellen Arbeit in Bochum muss dauerhaft gestärkt werden. Stadtteilnahe Angebote, kulturelle Bildung für Kinder und besondere Formate auf kleineren Bühnen wollen wir ebenso erhalten und weiter entwickeln wie experimentelle Performances und diverse, interkulturelle und inklusive Projekte. Dafür fordern wir eine deutliche Erhöhung des Kulturetats, um die freie Kultur vor Ort stärker zu fördern. Das Ziel heißt: Kultur für alle.

Handwerk und Industrie

Für eine nachhaltige Entwicklung Bochums ist die Förderung und Bündelung der Weiterbildungsstrukturen notwendig, welche die anstehenden Umbrüche als Chance begreift und den Beschäftigten berufliche Perspektiven aufzeigt. Dies muss seitens der Stadt begleitet werden, um die hochqualifizierten Fachkräfte in der Region zu halten und in neue Berufsfelder zu integrieren.

Auch die Unternehmen sind in der Pflicht, lebenslanges Lernen und die Weiterbildung von Arbeitnehmer*innen zu fördern.

Damit Bochum auch zukünftig gut aufgestellt ist, braucht es Migration in Arbeit. Denn in vielen Berufsfeldern fehlen Arbeitskräfte.

Bildung in Bochum verbessern

Die Zahl der Schüler*innen in Bochum wächst. Immer mehr Kinder werden in Containern unterrichtet und müssen weite Schulwege in Kauf nehmen.

Wir fordern daher, dass die Stadt neue Schulen baut. Diese müssen nicht nur als Lern-, sondern auch als Lebensort gedacht werden. Im Bereich der Grundschulen sollten zusätzliche Familiengrundschulzentren gegründet werden, die kommunale Angebote und Kurse für Eltern integrieren.

Sowohl bei Schulneubauten als auch bei Sanierungen müssen Schallschutz, Raumgröße, Digitalisierung und Möglichkeiten zur Regulierung der Raumtemperatur beachtet werden. Saubere Toilettenanlagen sollten in allen Schulen eine Selbstverständlichkeit sein.

Um der zunehmenden Bewegungsarmut entgegenzuwirken, sind die Sanierung und die Errichtung von Turnhallen und Lehrschwimmbädern besonders wichtig.

Zum Schutz der Schüler*innen müssen zusätzliche Schulstraßen gebaut und Elternhaltestellen eingerichtet werden.

BOCHUMER:BÜNDNIS

für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

RATHAUS NAZIFREI



KEIN PLATZ – KEIN SITZ – KEINE STIMME
für die AfD und andere Nazis

Wir wollen, dass Bochum eine bunte, weltoffene und solidarische Stadt bleibt. Rechts-extreme Parteien, wie die AfD oder Bündnis Deutschland, sollen keinen Sitz und keine Stimme im Rat und in den Bezirksvertretungen bekommen. Wir rufen dazu auf, wählen zu gehen und die demokratischen Parteien zu stärken.

**Für eine
bunte, offene
Gesellschaft**

Attac Bochum
AWO KV Bochum
Bahnhof Langendreer
DGB Bochum
DGB Region Ruhr-Mark
GEW Bochum
IFAK e.V. – Verein für multikulturelle Kinder- u. Jugendhilfe –
Migrationsarbeit
IG Metall Ruhrgebiet Mitte
Kinder- und Jugendring Bochum e. V.
Mieterverein Bochum, Hattingen und Umgegend e. V.
ver.di Bezirk Mittleres Ruhrgebiet

www.bochumer-buendnis.de

V.i.S.d.P. Stefan Marx
DGB Region Ruhr-Mark
Körnerstr. 43, 58095 Hagen